

Bebauungsplan angenommen

Die Einwendung von sechs Mitunterzeichnenden wurde bei der Detailberatung des Bebauungsplans GIBZ abgewiesen.

Tijana Nikolic

An seiner 8. Sitzung diskutierte der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug (GGR) am Dienstagabend über den Bebauungsplan Geviert GIBZ in zweiter Lesung und nahm ihn einstimmig an. Das Leuchtturmprojekt des Bebauungsplans im Guthirtquartier ist das geplante 80 Meter hohe Hochhaus Pi. Bereits in erster Lesung im vergangenen Januar wurde dem Plan fast einstimmig zugestimmt. Trotz Kritik an der Anzahl Parkplätze und an der geplanten autoarmen Nutzung des Areals war die Mehrheit des Grossen Gemeinderats damals schon mit dem Bebauungsplan GIBZ zufrieden. Nun ist er beschlossene Sache.

Rund 12700 Quadratmeter sollen bei diesem lang geplanten Projekt dem preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Während der Auflagefrist des Bebauungsplans ist eine Einwendung von sechs Mitunterzeichnenden eingegangen. Darin werden Zweifel an der Rechtmässigkeit der gesamten Planung geäussert. Zudem sind die Einwendenden der Auffassung, dass die städtebauliche Qualität des Projekts nicht gegeben ist.

In ihren vorhergehenden Berichten widersprachen der Stadtrat und die Bau- und Planungskommission (BPK) den Kritikpunkten bereits und beantragten, die Einwendung abzuweisen. Dem folgte die Mehrheit des GGR. Einer der Mitunterzeichner der Einwendung,



Blick auf das GIBZ an der Göblistrasse/Baarerstrasse, wo das Projekt Pi des Techclusters Zug entstehen soll.
Bild: Stefan Kaiser (5. 5. 2024)

Philipp Brühwiler, war bei der Sitzung anwesend. Im Anschluss an die einstimmige Schlussabstimmung richtete Stadtpräsident André Wicki deutliche Worte an ihn: «Ich bin verärgert über die Einwendung und bitte Philipp Brühwiler, sie zurückzuziehen.» Es wäre bedauernd, wenn er und seine Mitunterzeichnenden sich dem lang geplanten Hochhausprojekt in die Quere stellen würden. Denn aufgrund «einiger Anhaltspunkte» nehme der Stadtrat an, dass die Einwendenden

ihre Interessen weiterverfolgen würden.

Veloparkplatz wird eine Etage tiefer gelegt

Der Antrag des Stadtrats, die Autoparkplätze in das erste Untergeschoss und den Veloparkplatz in das zweite Untergeschoss zu verschieben, wurde ebenfalls angenommen. Dies sehr zum Ärger der ALG-CSP-Fraktion, die eine Abweisung beantragte. Die Erschliessung könne durch diese Änderung deutlich vereinfacht werden. Der Veloparkplatz solle

neu über zwei Velolifte erschlossen werden. Ursprünglich sei gemäss Richtprojekt zur Verbindung der beiden Tiefgaragen eine Rampe vom ersten Untergeschoss der Tiefgarage GIBZ in das zweite Untergeschoss des Hochhauses Pi vorgesehen gewesen. «Es kann bei einem fortschrittlichen und vor allem autoarmen Projekt nicht sein, dass kein direkt befahrbarer Zugang zur Veloparkierung besteht», so Michèle Wilimann von der ALG-CSP-Fraktion. Eine autoarme Siedlung lebe von der Velonutzung und müsse

daher maximal attraktiv für Velofahrende ausgestattet werden.

Vortritt für den Stadtzuger Mittelstand

Schliesslich wurde auch der Antrag der FDP-, Mitte- und SVP-Fraktion zum preisgünstigen Wohnraum angenommen. Ziel sei es, sicherzustellen, dass der Zuger Mittelstand im Rahmen eines transparenten und gerechten Verfahrens vorrangigen Zugang zum preisgünstigen Wohnraum erhalte. Das Verfahren soll für die Vermietenden leicht umsetzbar sein und ihre unternehmerische Freiheit so wenig wie möglich beeinträchtigen.

Im Antrag wird Folgendes gefordert: «Die Vergabe der preisgünstigen Wohnungen erfolgt gemäss der zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Baubewilligung gültigen Verordnung des Stadtrats über den preisgünstigen Wohnungsbau.» Mit der Annahme der Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» hat sich das Stadtzuger Stimmvolk für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum ausgesprochen. «Damit diese preisgünstigen Wohnungen priorisiert dem Stadtzuger Mittelstand zugutekommen, sollen diese Wohnungen nach der entsprechenden Verordnung des Stadtrats, die im Rahmen der Ortsplanungsrevision ausgearbeitet werden soll, vergeben werden», fordern die drei Fraktionen.

«Der Weg wird frei für ein Pionierprojekt», sagte die Bauchefin Eliane Birchmeier nach den positiv ausgefallenen Abstimmungen.